

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

1/2014 RESSOURCEN- SCHONUNG IM IT-SEKTOR

Es geht nicht nur um
Schrott. Seite 2

Gegenwind für Abfallmafia
und Herstellerlobby.
Seite 3

Handyrankings unter der
Lupe. Seite 4

EDITORIAL



Stefanie Ricarda Roos
Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

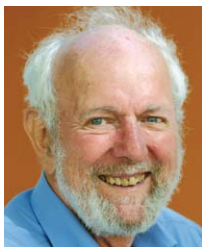
„Die Ursünde der Wirtschaft ist ihre Ressourcenintensität“, so Friedrich Schmidt-Bleek in seinem Buch „Grüne Lügen“ vom Sommer 2014. Der ehemalige Vizepräsident des Wuppertal-Institutes mahnt immer wieder mit Nachdruck an, den ausufernden Ressourcenverbrauch in den Blick zu nehmen.

Der Ressourcenverbrauch ist auch für Branchen wie die Informationstechnologie (IT) immens. Kommunikationstechnologien können zwar zur De-Materialisierung beitragen, die anhaltend große Nachfrage nach IT-Produkten führt aber zu einem erheblichen Ressourcenverbrauch, der wiederum Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zur Folge haben kann.

Am Beispiel des IT-Sektors zeigen wir in dieser Weitblick-Ausgabe auf, wo wir politischen Handlungsbedarf für das Einsparen von Ressourcen sehen. Wir möchten damit die politischen Entscheidungsträger dabei unterstützen, möglichst intelligente Rahmensetzungen zu entwickeln, die sowohl die planetarischen Grenzen als auch die Menschenrechte achten.

Ihre Stefanie Ricarda Roos

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker,
Weltweit anerkannter
Umweltwissenschaftler,
Politiker und Autor,
Ehrenmitglied von
Germanwatch

Germanwatch greift heiße Themen auf. So auch das Thema Ressourcenschonung im IT-Bereich. Hier ist der Rebound-Effekt besonders dramatisch. Seit den ersten Tischcomputern hat sich der Energieaufwand pro Bit gut um einen Faktor tausend verringert. Aber der Energieverbrauch in der IT-Branche hat sich ebenfalls vertausendfacht. Weil sich die Zahl der übermittelten Bits um weit mehr als millionenfach vermehrt hat. Ich schätze Germanwatch als einen mutigen, wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteur, der sich dafür einsetzt, dass die politischen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass sie nachhaltige Technologien rentabler machen und nachhaltige Lebensstile ermöglichen. Besonders wichtig finde ich, dass Germanwatch dabei gleichzeitig die Menschenrechte als Leitplanke sieht und Gerechtigkeitsfragen in den Blick nimmt.

Reform oder Scheinreform?

Den IT-Sektor auf Ressourcenschonung trimmen



Seit Jahren steigt die Zahl der weltweit verkauften Mobiltelefone. Im Jahr 2013 wurden 1,8 Milliarden Handys verkauft. Allein in Deutschland gingen im letzten Jahr 26,7 Millionen Handys über den Ladentisch. Während sich die einen über die hohen Wachstumszahlen freuen, denken andere dabei an den enormen Ressourcenverbrauch und die Menschenrechtsprobleme bei der Herstellung von IT-Geräten.

Dieses Spannungsverhältnis spiegeln auch zwei aktuelle Großveranstaltungen Anfang September wider. In Leipzig denken die Teilnehmenden der vierten „Degrowth-Konferenz“ darüber nach, wie ein Wohlstandsmodell mit sinkendem Ressourcenverbrauch aussehen kann. Zeitgleich pilgern in Berlin IT-Begeisterte zur Internationalen Funkausstellung (IFA), die in diesem Jahr unter dem Motto „Consumer Electronics Unlimited“ steht. Zwar wird immer deutlicher, dass neue Entwicklungen in der Informationstechnologie von großem Nutzen für die notwendige Transformation des Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftssystems sind. Jedoch droht der IT-Sektor durch sein starkes Wachstum selbst zum massiven Problem für Energie- und Ressourcenverbrauch zu werden.

Dieses Wachstum kurbeln Unternehmen auch durch unverantwortliche Marketingstrategien an, wie die diesjährige Vodafone-Werbung „Jedes Jahr ein neues Smartphone“ zeigt. Suggestiv wird: Wer mithalten will, muss das neueste Handy haben. Allzu oft sorgen zudem Sollbruchstellen bei neuen Produkten dafür, dass sie nicht lange halten und ein neues Gerät beschafft werden muss. Eine Studie des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2012 zeigte jedoch anhand von Laptops, dass eine lange Nutzungsdauer zentral ist, wenn unsere planetarischen Grenzen eingehalten werden sollen. Auch auf Handys und Smartphones trifft dies zu. Allein um das Gold für ein einziges Handy zu gewinnen, entstehen laut der US-Organisation Earthworks etwa 100 Kilogramm Bergbauabfall.

Rohstoffe sichern statt Ressourcen schonen?

Durch die weltweit massiv gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen werden zunehmend größere Risiken für die Menschenrechte sowie die Umwelt in Kauf genommen. Die Politik in Deutschland und der EU hat auf den erschwerten Zugang zu Rohstoffen für ihre Unternehmen in den Jahren

2010 und 2011 mit Rohstoffstrategien reagiert. Diese fokussieren bislang darauf, Handelshemmnisse abzubauen und Unternehmen darin zu unterstützen, im Bergbau aktiv zu werden, zum Beispiel im Rahmen von Rohstoffpartnerschaften. Umwelt- und Menschenrechtsstandards sind eher schmückendes Beiwerk als Kernbestandteile der Rohstoffstrategie. Eine Strategie hin zu einer Kreislaufwirtschaft, die unter anderem Ansätze wie längere Nutzung oder Recycling ins Zentrum stellt, lässt sich daraus nicht ablesen.

Gerade in diesem Sinne besteht jedoch dringender Handlungsbedarf, wie die folgende Zahl verdeutlicht: Allein im Jahr 2012 hat Deutschland pro Person 611 Tonnen Siedlungsabfall produziert – und ist damit unter den traurigen Spitzenreitern in der EU. Der Koalitionsvertrag nennt viele Aspekte der Kreislaufwirtschaft, doch ohne konkrete Maßnahmen. Um diesen gerecht zu werden, muss die Regierung die nachfolgend beschriebenen EU-Initiativen ambitioniert umsetzen und weitere Anstrengungen gegen Ressourcenverschwendung unternehmen.

Viele Richtlinien – wenig konsequente Umsetzung

Eine Mitteilung des EU-Umweltkommissars Janez Potočnik, der 2014 zum Jahr des Abfalls ausgerufen hat, geht nun einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft. Das vorgeschlagene Maßnahmenpaket für ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz, das so genannte „Null-Abfallprogramm für Europa“ der EU-Kommission, sieht vor, das Recycling von Siedlungsabfällen bis 2030 auf mindestens 70 Prozent zu steigern. Das Programm will unter anderem Deponien für Siedlungsabfälle verbieten, um Recycling zu erzwingen. Müllverbrennung wird hingegen nicht eingeschränkt und Ressourceneffizienzziele bleiben aus. Für eine nachhaltige Reduktion unseres Ressourcenverbrauches gibt es hier noch Nachbesserungsbedarf.

Für Elektronikprodukte fehlen noch konkrete Ziele. Dazu bietet in Deutschland die derzeitige Überarbeitung des Elektro- und Elektronikgesetzes (ElektroG) eine gute Gelegenheit. Damit nimmt die Bundesregierung die längst überfällige nationale Umsetzung der überarbeiteten europäischen Elektroschrott-Richtlinie WEEE aus dem Jahr 2012 in Angriff. Sie könnte ein

wichtiger Schritt sein, um die illegale Ausfuhr von Elektroschrott zu verhindern, da laut EU-Richtlinie zukünftig die Exporteure nachweisen müssen, dass sie gebrauchsfähige Geräte ausführen. Allerdings sind brauchbare Maßnahmen zur Wiederverwendung von Produkten, die eigentlich ganz oben in der Handlungshierarchie des Kreislaufwirtschaftsgesetzes stehen, Mangellware im ersten Referentenentwurf.

Die von der EU-Kommission derzeit erarbeitete Ökodesign-Richtlinie bietet außerdem die Chance, vorzuschreiben, eine Wiederverwendung von Produkten bereits im Produktdesign zu berücksichtigen. So könnte bessere Recyclebarkeit vorgeschrieben werden. Auch die Entnahmemöglichkeit von Akkus wäre hier ein wichtiger Aspekt. Die Richtlinie setzt Wirtschaftlichkeit als eine Grundvoraussetzung der Erneuerungsvorschläge voraus. Einerseits ist das sinnvoll, denn unwirtschaftliche Produkte werden sich nicht auf dem Markt durchsetzen. Andererseits fehlt dann der zweite Schritt: die politischen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass neue Geschäftsmodelle für langfristig ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen größere Chancen haben, sich zu etablieren.

In der Praxis gibt es bereits erfreuliche Ansätze wie die Repair-Café-Bewegung, wo VerbraucherInnen nicht auf den Staat warten, sondern selbst Verantwortung übernehmen. Aber wenn Politik und Unternehmen nicht die Schwierigkeiten beheben, denen engagierte VerbraucherInnen gegenüberstehen, wird das kaum zur Massenbewegung. Zudem kommt dem Staat auch als Verbraucher eine wichtige Rolle zu. Die Verwaltung kauft in großem Umfang Computer und Drucker ein. Die überarbeitete EU-Richtlinie zu öffentlicher Beschaffung bietet seit Anfang 2014 bessere Möglichkeiten, soziale und ökologische Kriterien in der Beschaffung zu berücksichtigen. Es gilt, die Möglichkeiten dieser Richtlinie in Deutschland konsequent zu nutzen.

Doch selbst alle zuvor genannten Ansätze zusammen gehen längst noch nicht weit genug. Wenn wir wirklich eine Kreislaufwirtschaft erreichen wollen, dann sind wir erst am Anfang. Die Zeit ist reif dafür, ambitioniert nach intelligenten Lösungen zu suchen und die bereits vorliegenden Ansätze nicht mehr länger herauszuschieben.

Cornelia Heydenreich & Johanna Sydow

Es geht nicht nur um Schrott

Längere Nutzung von IT-Geräten gesetzlich fördern

Die Bundesregierung ist zu spät dran. Eigentlich hätte sie bereits bis Mitte Februar 2014 das Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) überarbeiten müssen. Alle Mitgliedstaaten der EU waren verpflichtet, bis zu diesem Zeitpunkt die überarbeitete EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus dem Jahr 2012, die sogenannte WEEE-Richtlinie, in nationales Recht umzusetzen. Die Mitgliedstaaten müssen dabei mindestens die Vorgaben der WEEE-Richtlinie erfüllen, dürfen jedoch auch darüber hinausgehen. Davon sind wir leider in Deutschland noch weit entfernt, wie zumindest der erste Referentenentwurf des neuen ElektroG vom 19. Februar 2014 zeigt.

In einigen Bereichen konnte die Bundesregierung nicht viel verkehrt machen. So enthält die neue WEEE-Richtlinie die sehr begrüßenswerte „Beweislastumkehr“. Bei Kontrollen musste bisher der Zoll beweisen, dass es sich um Elektroschrott handelt. Zukünftig muss der Exporteur nachweisen, dass er gebrauchsfähige Geräte exportiert. Damit soll der illegale Export von kaputten Computern und anderen IT-Geräten eingedämmt werden.

Auch wenn das ElektroG häufig kurzerhand als „Elektroschrotgesetz“ bezeichnet wird, so geht der Anspruch viel weiter. Gemäß der EU-Richtlinie und auch des deutschen Referentenentwurfs besteht nicht nur das Ziel, die schädlichen Auswirkungen von Elektro- und Elektronik-Altgeräten zu vermeiden oder zu verringern. Es geht ebenso darum, die Gesamtauswirkungen der Ressourcennutzung zu reduzieren und die Ressourceneffizienz zu verbessern.

Der Gesetzentwurf greift diese Aspekte in Paragraph 4 über die „Produktkonzeption“ auf, u. a. bezüglich der Entnahme von Batterien und Akkus. Der bisherige Wortlaut verpasst jedoch die Chance, die Hersteller stärker in die Pflicht zu nehmen. Mit Einschränkungen wie „möglichst“ bietet der Gesetzentwurf zu viele Schlupflöcher. Zudem geht es nur um eine „Entnahme“ von Akkus und Batterien. Für eine längere Nutzung von Laptops und anderen IT-Geräten ist jedoch ein „Austausch“ der Akkus erforderlich, der beispielsweise bei Geräten des Branchenprimus Apple derzeit nicht möglich ist.

Nicht minder wichtig für eine längere Nutzung ist es, die Rahmenbedingungen für die Reparatur von IT-Geräten zu verbessern. Eine Voraussetzung dafür ist, Informationen bereit zu stellen, z. B. über Bauteile und Werkstoffe eines Gerätes. Um Initiativen wie Repair Cafés zu unterstützen, sollten diese Informationen öffentlich verfügbar sein – sofort nach Markteintritt und in standardisiertem Format. Auch umfassende Informationen zu Reparaturabläufen sowie den dazu benötigten Werkzeugen und Sicherheitsvorkehrungen gehören dazu.

Wenn die Bundesregierung diese und weitere Rahmenseitungen für eine längere Nutzung von IT-Geräten stärker aufgreifen würde, könnte sie sich auf europäischer Ebene als Vorreiter für mehr Ressourcenschonung hervortun. Die verspätete Umsetzung der WEEE-Richtlinie würde den Umweltkommissar dann vielleicht weniger stören.

Cornelia Heydenreich



Am Anfang passten gar nicht alle ins Café

Interview mit Elisa Garrote Gasch, Gründerin des ersten Repair Cafés in Berlin

Was waren deine Beweggründe, ein Repair Café in Berlin zu gründen?

Ich habe häufig Geräte auf dem Sperrmüll gefunden und gemerkt, dass vieles einfach zu reparieren war. Gleichzeitig ärgere ich mich, weil immer noch viel zu viel produziert und weggeschmissen wird. Das ist eine riesige Energieverschwendung und Ausbeutung von Ressourcen. Eine Kollegin hatte von den Repair Cafés in Köln gehört und wir haben überlegt, erstmals eines in Berlin anzubieten. Ich fand die Idee genial und habe im Januar 2013 unsere erste Veranstaltung organisiert. Und im Dezember haben wir den Berliner Umweltpreis in der Kategorie Umweltsengagement erhalten. Wir freuen uns riesig über diese Anerkennung!

Was braucht es für die Organisation eines Repair Cafés?

Wir holten uns Unterstützung von der Stiftung „Stichting Repair Cafés“. Sie schickten uns ein Paket mit Tipps, Logo, rechtlichen Hinweisen und Vorlagen für Flyer. Damit spart man sich viel Arbeit und ist automatisch Teil eines bundes- und europaweiten Netzwerks. In Schöneeweide hat uns der Verein „Industriesalon“ einen schönen Raum und Werkzeug für das Repair Café zur Verfügung gestellt. Dann muss man vor allem TechnikerInnen und TeilnehmerInnen finden. Gute Netzwerke sind dabei wichtig und auch die Presse hilft, um die Idee zu verbreiten.

Wie finanziert sich euer Repair Café?

Die Kosten sind nicht hoch, da wir das Café nur ein- bis zweimal monatlich für drei bis vier Stunden veranstalten. Eine Person des Trägervereins, oder wie in meinem Fall eine Ehrenamtliche, organisiert es. Grundsätzlich baut das Repair Café auf ehrenamtlicher Arbeit auf: TechnikexpertIn-

nen, die helfen und oft das eigene Werkzeug mitbringen, TeilnehmerInnen und NachbarInnen, die auch Werkzeug leihen oder mal Kuchen backen. Die Teilnahme ist kostenlos, aber eine Spende für Strom, Miete, Spezialwerkzeug oder Ersatzteile wird sehr geschätzt.

Wie werden die Repair Cafés von den Menschen angenommen?

Die Menschen sind begeistert, am Anfang passten gar nicht alle ins Café. Sie wollen nicht alles wegschmeißen, freuen sich auf einen Ort, wo sie mit Hilfe der TechnikerInnen ihr Gerät zum Laufen bringen können, wo sie sich über Wertschätzung, Konsumgewohnheiten oder geplante Obsoleszenz austauschen können. Es kommen auch ältere und einkommensschwächere Menschen, die sich teure Reparaturen oder neue Geräte nicht leisten können. Viele sind zufrieden, auch wenn eine Reparatur mal nicht gelungen ist. Sie haben es immerhin versucht, vielleicht einiges gelernt und sich ausgetauscht. Und die „Heldinnen und Helden“ des Repair Cafés, die geübten Reparatur-ExpertInnen, geben gern ein paar Tricks weiter, damit unsere Müllberge nicht so schnell wachsen. Manchmal muss man nur einen kleinen Kontakt säubern oder neu löten und es läuft wieder.

Was sind eure Herausforderungen?

Wir wollen die Repair Cafés als Nachbarschafts-orte etablieren, die von der Stadt gefördert werden. Ohne Förderung ist unsere Situation prekär. Außerdem sollten Repair Cafés besser vernetzt sein, um mehr Einfluss auf politische Entscheidungen etwa im Bereich Produktherstellung oder Gewährleistung zu nehmen.

Interview: Julia Otten



Weitere Infos:

Repair Café von Elisa Garrote Gasch und Kunst-Stoffe e. V.: www.kurzlink.de/repaircafe-berlin
Repair Cafés deutschlandweit: www.anstiftung-ertomis.de/selbermachen/repair-cafe/
Stiftung „Stichting Repair Cafés“: www.repaircafe.org



Gemeinsam dem Defekt auf der Spur: Die Besitzerin eines elektrischen Rührgerätes und ein Reparatur-Experte im Repair Café der Transition-Initiative „Bonn im Wandel“ und Haus Müllestampfe in Bonn (weitere Infos: www.bonn-im-wandel.de).



Der Sieger-Kinospot des von Germanwatch unterstützten „Sukuma Award – Leipzig“ feiert am 5. September auf der Degrowth-Konferenz seine Premiere. Der Bürgerfilmpreis greift Themen rund um globale Nachhaltigkeit auf und zeigt in diesem Jahr kreative Handlungsalternativen bei der Nutzung von Elektronik. Vorhang auf für großes Kino aus Leipzig!

Premiere auf der Degrowth: www.kurzlink.de/sukuma2014
Website Sukuma Award: www.sukuma-award.de



Rohstoffe schürfen statt schonen?

Fokussierung auf Zugang zu neuen Rohstoffen führt am Ziel vorbei

Der Preis eines Metalls erzählt nichts über die massiven Auswirkungen des Bergbaus auf Menschen und Umwelt in den Abbauregionen. Auch die deutsche und europäische Politik blenden diese Konsequenzen des Rohstoffkonsums weitgehend aus. Die Bundesregierung setzt auf Konsum und Primärrohstoffe, statt Wiederverwendung anzukurbeln oder möglichst viele Rohstoffe unter anderem aus Elektroschrott wiederzugewinnen. In puncto Rohstoffpolitik hören EU-Kommission und Bundesregierung vor allem auf Lobbyverbände. Ressourcenschonung und Menschenrechte bleiben dabei auf der Strecke.

Um sich Primärrohstoffe aus anderen Ländern zu sichern, nehmen die EU und Deutschland vieles in Kauf. Für den Zugang zu Selteneren Erden nutzt die EU handelspolitische Klagemechanismen gegen China. Ebenso kritisierte sie die indonesische Regierung wiederholt bezüglich ihrer Entscheidung, nur weiterverarbeitete Rohstoffe exportieren zu wollen, um eine eigene indonesische Industrie aufzubauen. Freihandelsabkommen mit rohstoffreichen Ländern und Kartierung von Rohstoffen in Afrika – im Namen der Entwicklungszusammenarbeit – sollen ihr Übriges tun, um die Rohstoffzufuhr für die europäische Industrie zu sichern.

Menschenrechte Nebensache?

In Deutschland sind zudem Rohstoffpartnerschaften mit Kasachstan, der Mongolei und Peru Instrumente einer Rohstoffstrategie. Die Ausgestaltung dieser Partnerschaften verdeutlicht das verantwortungslose und wenig nachhaltige Vorgehen Deutschlands bei der Rohstoffssicherung. Trotz zahlreicher Menschenrechtsverletzungen, dem straflosen Einsatz von Waffengewalt gegen-

über Demonstranten und mehr als 100 gewalttätigen Bergbaukonflikten in Peru, schloss die Bundesregierung das Abkommen mit dem Andenstaat im Juli 2014 ab – ohne verpflichtende Menschenrechtsstandards oder Sorgfaltspflichten für Unternehmen im Abkommen zu verankern. Stattdessen lockt die Bundesregierung Unternehmen mit Bürgschaften, in den Bergbau einzusteigen. Abgesehen von Transparenzverpflichtungen gibt es auch auf EU-Ebene keine verbindlichen Kriterien für Umwelt- und Menschenrechtsschutz bei der Rohstoffförderung. Ihre Einhaltung bleibt freiwillig.

Wo bleibt die Ressourcenschonung?

Eine stärkere Orientierung am Leitbild der Kreislaufwirtschaft könnte Umweltverschmutzungen und Lebensraumzerstörung durch Bergbau verringern. Zum Beispiel beinhalten Handys wertvolle Metalle, die mit verbesserten Technologien wiedergewonnen werden könnten. Ressourceneffizienz, Ersatz (Substitution) und Recycling wurden in der deutschen Rohstoffstrategie behandelt und im Koalitionsvertrag aufgenommen, doch es fehlen ambitionierte konkrete Maßnahmen, um dadurch Primärrohstoffe zu reduzieren. Während die Sicherung der Rohstoffversorgung auf Weltmärkten im Wirtschaftskapitel des Koalitionsvertrages weiter ausgeführt wird, findet sich die Kreislaufwirtschaft im Umweltkapitel mit vagen Schlagwörtern. Auch Maßnahmen der europäischen Rohstoffstrategie zur Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs sind wenig ehrgeizig. Eine ökologisch und sozial nachhaltige Ressourcenpolitik sollte jedoch genau darin ihren Dreh- und Angelpunkt sehen.

Johanna Sydow

Die Abfallmafia und die Herstellerlobby müssen Gegenwind bekommen

Interview mit Frank Becker, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Wissenschaftsladen „kubus“

Der neue Desktop-Computer „Iameco“ wurde von der Dubliner Firma MicroPro Computers entwickelt, beteiligt waren außerdem das Fraunhofer IZM Berlin und die irische Universität Limerick. Inwiefern integriert dieses Modell Prinzipien einer Kreislaufwirtschaft?



Der Iameco ist einzigartig in seiner Berücksichtigung von Ressourceneffizienz, Umweltverträglichkeit und Langlebigkeit. Erstens hat er ein Eichenholz-Gehäuse, zweitens ist er leicht zu reparieren und aufzurüsten, drittens gibt es einen exzellenten Kundenservice mit garantierter Rückkaufmöglichkeit, um das Gerät wieder- und weiterzuverwenden.

Der Zugang zu den Komponenten lässt sich mit einem einzigen Schraubwerkzeug realisieren. Zur Verbindung der Komponenten wiederum wurden lediglich drei verschiedene Schraubentypen verwendet. Für die Gehäusedemontage und den Arbeitsspeicher werden je fünf Schrauben und für die Demontage der Festplatte sechs Schrauben benötigt. Dieser simple Aufbau ist genial und ungewöhnlich, er spricht für ein reparatur- und aufrüstungsfreundliches Design sowie eine gute Wertbeständigkeit.

Was trägt Ihrer Meinung nach vor allem zur kurzen Nutzungsdauer von IT-Produkten bei?

Zum einen sehe ich das Problem der Neuheitsideologie. Mobiltelefone werden zu Ego-Prothesen nach dem Motto: „Ich habe, also bin ich.“ Oft ist dies ein Betäubungsmittel, um nicht mitzubekommen, dass man eigentlich an Vereinsamung leidet. Anhand einer Zielgruppenuntersuchung haben wir herausgefunden, dass viele Leute keine alten Produkte haben wollen. Sie sagen: „Gebrauchtes? Nein danke! Ich kann mir

etwas Neues leisten!“ Gerade die Leute, die weniger Geld haben, wollten oft nichts Gebrauchtes. Diejenigen, die sich neue Produkte gut leisten könnten, haben hingegen meist ein größeres Interesse daran.

Des Weiteren tragen Hersteller, die im jährlichen Turnus etwas Neues herausbringen, zur kurzen Nutzung von Produkten bei. Flachbildschirme, die im Halb- bis Dreivierteljahresrhythmus immer größer wurden und bald Bürgersteine pflasterten, zeigen dies.

Der dritte Aspekt liegt auf der politischen Ebene. Solange es für Ressourcenschutz nur Glanzbroschüren gibt, kann man keine Veränderungen erwarten. Es braucht etwas Konkretes.

Welche politischen Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Nutzungsdauer von IT-Geräten zu verlängern?

Ich sehe auf vielen Ebenen Handlungsbedarf. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, insbesondere eine Reihe steuerpolitischer Instrumente:

- Eine steuerliche Abschreibung müsste verbindlich an die Lebensdauer des Produktes gekoppelt werden.
- Investitionen in Werterhaltung sollten hinsichtlich ihrer Potenziale zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch steuerlich begünstigt werden.
- Ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Reparatur und Instandhaltung wäre eine Maßnahme zur Ressourceneinsparung und Klimaschutz, die sich zudem unmittelbar auf den Beschäftigungsbereich auswirken würde.
- Vergütungssätze für Aufarbeiter und Anbieter von Wieder- und Weiterverwendungs-Ware könnten in Anlehnung an das Konzept der

Einspeisevergütung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gestaltet werden.

- In der öffentlichen Beschaffung muss Reparatur, Wieder- und Weiterverwendung Vorrang haben vor einer Neuanschaffung.
- Durch die Bereitstellung von öffentlichen Liegenschaften für Reparatur-Cafés oder Umsonst-Läden könnte eine längere Nutzung gefördert werden.

Eine andere, aber nicht minder wichtige Maßnahme ist konzeptioneller Natur: Der Abfallbegriff muss aus allen Verordnungen und Gesetzen herausgestrichen und durch den Begriff Ressource ersetzt werden.

Warum werden solche Vorschläge nicht umgesetzt?

Die Abfallmafia und die Herstellerlobby müssen Gegenwind bekommen. Ich kann mich gut erinnern, wie bei der Erarbeitung des alten Elektroschrottgesetzes Hersteller die Politik extrem unter Druck setzten, damit diese auf keinen Fall wirkungsvolle Wiederverwendung unterstützte.

Kennen Sie Initiativen aus anderen Ländern, von denen Deutschland lernen kann?

Ja, zum Beispiel die Öffentliche Abfallbehörde Flandern (OVAM). Nachhaltige Verwendung von Materialien und Abfallprävention haben dort höchste Priorität. Dies führt dazu, dass Belgien mit 73 Prozent die höchste Recyclingrate in der EU besitzt.



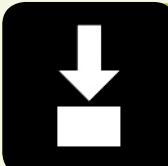





Erfolgsfaktoren sind regionale Programme mit lokalen Kooperationen. Zudem steigen stetig die Zielanforderungen. Wichtig ist hier zunächst eine getrennte Sammlung von Produktgruppen und dann effizientes Recycling. Zur Verminderung der Abfallmengen gibt es ein effektives und vielfältiges Anreiz- und Förderungsprogramm. Dies sind Steuern und Subventionen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen sowie Ökoeffizienzmessungen für kleine und mittelständische Unternehmen.

Interview: Johanna Sydow



Acht Tipps für nachhaltigen IT-Konsum

Wir können mit unseren Entscheidungen und unserem Handeln dazu beitragen, Ressourcen zu schonen. Hier acht Tipps für einen nachhaltigeren Konsum von IT-Produkten:

- 
RE-THINK
 Konsumverhalten überdenken: Muss es immer das allerneueste Modell sein? Macht das Lesen von Bedienungsanleitungen wirklich so viel Spaß?
- 
RE-FUSE
 IT-Geräte leihen, teilen oder tauschen, anstatt sie zu kaufen. (s. Kasten auf Seite 4).
- 
RE-DUCE
 Bewusst sparsame, haltbare und fair produzierte Produkte kaufen. Vielversprechende Ansätze: Fairphone (www.germanwatch.org/de/8133) und NagerIT (www.germanwatch.org/de/8134)
- 
RE-USE
 IT-Geräte möglichst lange verwenden. Viele Handys landen heute nur in der Schublade oder im Müll, weil es neuere Folgemodelle gibt, nicht weil sie kaputt sind.
- 
RE-PAIR
 Produkte pflegen und reparieren (z. B. in einem Repair Café, s. Seite 2).
- 
RE-CYCLE
 Alte IT-Geräte, die nicht mehr benötigt werden, gehören ins ordnungsgemäße Recycling (s. Kasten auf Seite 4).
- 
RE-FORM
 Für politische Rahmensetzung einsetzen, so dass nachhaltiger IT-Konsum einfacher wird – z. B. eine eigene Initiative starten oder Organisationen wie Germanwatch unterstützen.
- 
RE-ACT
 Sich Aktionen anschließen, die auf Probleme aufmerksam machen – z. B. an der Ladentheke nach fairen und ökologischen Alternativen fragen.

Ich kaufe, also bin ich

Wie die Obsoleszenz eine neue Verbraucherinnengeneration prägt

Das so genannte Phoebus-Glühlampen-Kartell, ein Zusammenschluss international führender Glühlampenhersteller, beschloss bereits 1924 die gezielte Verringerung der Lebensdauer von Glühlampen von 2.500 Stunden Brenndauer auf 1.000 Stunden. Das sollte die Verkaufszahlen ankurbeln. Somit erhielt die „geplante Obsoleszenz“, der vorsätzliche Verschleiß von Produkten, schon früh Einzug in die Produktgestaltung.

Leider ist dies kein Problem des vergangenen Jahrhunderts. Auch heute noch forcieren Hersteller kürzere Nutzungszyklen – z. B. durch den Einbau von Sollbruchstellen oder von Rohstoffen vermindelter Qualität. Ein geplanter Vorsatz der Hersteller ist dabei nur schwer nachweisbar. Fakt ist jedoch, dass der verkürzte Nutzerzyklus die Menge an Abfall steigert und somit Ressourcen verschwendet werden.

Die „geplante Obsoleszenz“ umfasst unterschiedliche Arten des geplanten Verschleißes: die absichtlich geringere Leistungsfähigkeit von Produkten und die Irreparabilität – wie gelötete oder verklebte Akkus in Elektrogeräten – bezeichnen die **werkstoffliche Obsoleszenz**. Die Veralterung von Geräten aufgrund von fehlenden Softwareupdates und/oder Ersatzteilen fällt hingegen unter die Begrifflichkeit der **funktionalen Obsoleszenz**.

Obsoleszenz zu unterbinden ist keine leichte Aufgabe, zumal die nötigen Beweise oft fehlen. Die Politik kann jedoch nötige Rahmenbedingungen gegen den vorsätzlichen Verschleiß schaffen. Eine Erweiterung der Gewährleistungsfrist auf drei Jahre könnte z. B. den Anreiz erhöhen, lang

haltbare Produkte herzustellen, da andernfalls hohe Kosten für Reparatur oder Ersatzgeräte auf die Hersteller zukämen. Eine gesetzliche Vorgabe zur Ersatzteilversorgung oder Bereitstellung von Reparaturanleitungen bieten überdies die Chance einer längeren Nutzung.

Noch viel schwieriger ist es mit dem subjektiven Produktverschleiß, den perfide Marketingstrategien verursachen. Mit dem Slogan „Jedes Jahr ein neues Handy“ suggeriert die neue Vodafone-Werbung den KundInnen, dass ein Smartphone bereits nach einem Jahr veraltet ist und ersetzt werden sollte. Diese Form der Werbestrategie spiegelt das Wesen der **psychischen Obsoleszenz** wider. Sie greift im Vergleich zu den anderen Obsoleszenzen gezielt in die Verbrauchervernehmung ein. Die Hersteller nutzen dabei bewusst den Wunsch nach Gruppenzugehörigkeit und Status in der Gesellschaft aus und verbinden den Kauf eines neuen Smartphones mit der individuellen Identitätsfindung: Ich kaufe, also bin ich.

Doch wie entkommen wir dieser Modelfalle? Ein öffentlicher Diskurs, der die Anforderungen an die Produktqualität neu definiert, ist sicher von Nöten. Diesen fordert zum Beispiel der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in seiner Initiativstellungnahme vom 17. Oktober 2013: „Lebensdauer von Industrieprodukten und Verbraucherinformation zugunsten eines neuen Vertrauens“ (www.kurzlink.de/EWSA171013). Damit positionierte er sich klar gegen die Obsoleszenz als Marketing- und Verkaufsstrategie.

Joyce-Ann Sylhre

Termine

■ **Berlin, 02.-05.10.14:** „Wir haben es satt!“-Kongress, u.a. mit einem Beitrag von Tobias Reichert am 04.10.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/8973

■ **Vallendar, 10.-12.10.14:** Liedtag und Seminar „Das Chaos wenden“. Mit Stefan Rostock. Pallottinische Bildungsstätte Haus Wasserburg. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/8588

■ **Berlin, 04.11.14:** Konferenz „Viele Hürden, wenig Haftung: Wie können Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen ihre Rechte in Deutschland einklagen?“ u. a. mit Johanna Kusch, Michael Windfuhr. Infos: www.germanwatch.org/de/8822

■ **Vallendar, 15.-17.11.14:** Strategietage für (Jugend-)Verbände und Initiativen: „Neues Ziel, neues Glück“ Sustainable Development Goals. Mit Stefan Rostock. Pallottinische Bildungsstätte Haus Wasserburg. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/8801

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Weltenernährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Christoph Bals, Klaus Milke. Stand: September 2014. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und dem Umweltbundesamt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Umwelt
Bundesamt

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aus-sendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Bericht 2014: Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/8225
- Im Germanwatch-Blickpunkt: Die Computermaus von NagerIT. Nur als Download: www.germanwatch.org/de/8134
- Im Germanwatch-Blickpunkt: Das Fairphone. Nur als Download: www.germanwatch.org/de/8133
- Handbuch: Alte Handys & PCs. Hintergrundinformationen zum Elektroschrottpfand. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/4205
- Broschüre: Alte Handys & PCs – zu wertvoll für die Tonne. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/3368
- Hintergrundpapier: Die Rettung des Planeten kostet nicht die Welt. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8666
- Hintergrundpapier: Moralische Dimensionen der Folgen des Klimawandels wissenschaftlich beleuchtet. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8592
- Studie: Klimafreundlicher Verkehr in Deutschland. Weichenstellungen bis 2050. Nur als Download: www.germanwatch.org/de/8738

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Handyrankings unter der Lupe

Möglichkeiten und Grenzen

Fair gehandelter Kaffee aus Peru, biologisch produzierte Milch aus der Region – bei vielen Produkten des täglichen Bedarfs kann die kritische Verbraucherin eine öko-faire Variante wählen. Aufgerüttelt durch Berichte über Konfliktrohstoffe im Handy, über erschreckende Produktionsbedingungen in chinesischen Fertigungsbetrieben und bedenkliche Schwermetalle in den IT-Geräten fragen mehr und mehr VerbraucherInnen auch bei Handys und Computern nach ökologischen und fairen Alternativen.

Leider ist es in der Praxis ungleich schwerer, entsprechende Geräte zu finden. Es gibt bislang noch kein wirklich faires und nachhaltiges Handy, auch keinen entsprechenden Laptop oder MP3-Player. Erste Ansätze wie das Fairphone oder die NagerIT-Computermaus haben sich auf den weiten Weg gemacht, können aber noch keine vollständig fairen Geräte anbieten. Das sagen diese Vorreiterinitiativen auch so.

Rankings sollen Orientierung geben ...

In den letzten Jahren sind mehrere Rankings entstanden, die VerbraucherInnen bei ihrer Kaufentscheidung Orientierung geben wollen. Einige, wie der „Guide to Greener Electronics“ von Greenpeace, bewerten die Hersteller, während der Eco-Index von Telefónica oder das NABU-Handyranking Handymodelle beurteilen. Die bei den Produktrankings angelegten ökologischen und sozialen Kriterien sind sehr unterschiedlich. Deswegen kommen sie auch zu verschiedenen Ergebnissen. Apple bzw. sein iPhone schneidet zum Beispiel in den Bewertungen sehr unterschiedlich ab und nicht alle berücksichtigen kleine Firmen wie Fairphone.

Ein Problem der Rankings ist die Datenlage. Sie beruhen hauptsächlich auf Aussagen der Hersteller und nicht auf unabhängigen Informationen Dritter. Insbesondere die Angaben zu sozialen Standards im Produktionsprozess, die sich nicht am Gerät selbst ablesen lassen, sind nur begrenzt verlässlich. Und sofern die Informationen die Realität widerspiegeln, zeigen sie immer wieder skandalöse Produktions-

bedingungen auf. Unterschiede diesbezüglich gibt es zwischen den einzelnen Unternehmen bislang kaum.

... können aber nichts Faires finden

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Rankings nicht den zweiten Schritt vor dem ersten beschreiten. Wirklich faire und nachhaltige Geräte gibt es noch nicht und sie können auch nicht „herbeigerankt“ werden. Zwar können nach Erfahrung der unabhängigen Initiative „Rank a Brand“ zumindest Unternehmensrankings den Herstellern gewisse Anreize setzen. Mobilfunkanbieter und Hersteller dürfen sich mit Rankings aber nicht aus der Verantwortung ziehen und allein auf

die VerbraucherInnen verweisen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Standards in ihren Lieferketten eingehalten werden. Da dies oft nicht freiwillig geschieht, braucht es hierfür auch staatliche Rahmensetzungen.

Für die VerbraucherInnen bleibt festzuhalten, dass die Vielzahl an Rankings aufgrund der unterschiedlichen Kriterien und Ergebnisse eher Verwirrung als Orientierung schaffen. KonsumentInnen sollten sich immer fragen, ob ein neues Produkt wirklich notwendig ist. Und dann ein Produkt kaufen, das sie lange nutzen können. Austauschbare Akkus und Ersatzteile reduzieren den Rohstoff- und Energieverbrauch.

Cornelia Heydenreich und Johanna Sydow

Initiativen gegen die Wegwerfkultur

Menschenrechtsverletzungen und ökologisch kritische Herstellungsprozesse von Handys, Computern & Co. sowie geplante Obsoleszenzen empören immer mehr VerbraucherInnen. Dadurch getrieben entstanden innerhalb kürzester Zeit unzählige Initiativen, die der Wegwerfkultur gezielt entgegenzutreten. Hier stellen wir einige Ansätze vor:

- **Reparieren:** Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ vereint der Verbund offener Werkstätten Projekte, die Reparaturen gemeinsam durchführen und zum Mitmachen einladen (Repair Cafés, s. Seite 2).
- **Wiederverwenden:** Netzwerke wie alles-und-umsonst.de bieten die Möglichkeit, nicht genutzte Gegenstände zu verschenken. Auch das Tauschen in lokalen Tauschringen oder auf tauschticket.de ermöglicht die (Wieder-)Nutzung nicht mehr gebrauchter Gegenstände.

► **Wieder verkaufen:** Bei Unternehmen wie wirmaufens.de oder dem Gemeinschaftsprojekt weee-return.de bekommen VerbraucherInnen für funktionstüchtige Geräte noch einen angemessenen Erlös.

► **Kollektivnutzen:** Auf den Online-Plattformen leihdirwas.de, fairleihen.de und frents.com steht eine gemeinsame Nutzung im Vordergrund.

► **Recyceln:** Kommunale Sammelstellen sind die richtige Adresse für eine fachgerechte Entsorgung. Viele Mobilfunkanbieter nehmen überdies Handys zurück, recyceln sie und spenden die Erlöse an gemeinnützige Organisationen.

Weitere Infos und Links zu den Initiativen gibt es auf unserer Website:

www.germanwatch.org/de/it-recycling

Joyce-Ann Syhre

Handypfand – ein intelligentes Regelwerk für Ressourcenschonung?

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat es 2012 vorgeschlagen, die Grünen forderten es im selben Jahr im Bundestag, die Deutsche Umwelthilfe setzt sich dafür ein und im Frühjahr dieses Jahres auch der Nachhaltigkeitsrat: das Handypfand. Denn viele alte Mobiltelefone schlummern in Schubladen oder landen im Restmüll. Dabei könnte ein beträchtlicher Teil der etwa 30 Metalle, die in einem Handy verbaut sind, durch gutes Recycling zurückgewonnen oder die Telefone sogar noch einmal aufgemöbelt werden. Es scheitert jedoch insbesondere am begrenzten Rücklauf, der in Deutschland momentan nur bei etwa 28 Prozent liegt. Könnte ein Handypfand das Problem beheben?

Was kann ein Pfandsystem?

Autobatterien zeigen mit einer Rücklaufquote von nahezu 100 Prozent, dass Pfandsysteme zur Erfolgsgeschichte werden können. Durch ein Handypfand würde zudem eine getrennte Sammlung von Handys gewährleistet. Dies erhöht die Möglichkeit für Wiederverwendung und ergiebigeres Recycling ungemein im Vergleich zu derzeitigen gemischten Sammlungssystemen. Da insbesondere kleine Geräte schnell im Restmüll landen oder zu Hause verstauben, macht es Sinn, mit einem Pfand bei diesen Geräten zu beginnen. Funktioniert es hier, ließe sich das System auch auf andere Elektronikgeräte ausweiten. In einer Studie der Deutschen Umwelthilfe von 2013 argumen-

tierten Recyclingunternehmen zudem, dass es sich erst bei genügend Alt-Geräten lohne, weiter in Recyclingmethoden zu investieren.

Wie wird daraus eine intelligente Regelung?

Es gibt jedoch auch zahlreiche Hürden für ein Pfandsystem. Im Rahmen der erwähnten DUH-Studie nannten die Teilnehmenden einer Umfrage insbesondere die erwarteten hohen Kosten und die bürokratischen Hindernisse. Aber auch die geeignete Höhe des Pfandpreises ist noch strittig: Er muss hoch genug sein, sodass die VerbraucherInnen ihre Bequemlichkeit überwinden und das Handy auch wirklich zurückbringen. Gleichzeitig darf er nicht zu hoch sein, um nicht zu viel Geld über lange Zeit zu binden. Unter anderem aufgrund des internationalen Internethandels muss gut überlegt werden, wie Unklarheiten bei der Pfandzuordnung zu lösen sind. Auch Daten-

sicherung und -schutz bei eventueller Wiederverwendung ist ein Problem. Diesem will sich die Regierung laut Koalitionsvertrag jedoch annehmen.

Alternatives Rücknahmesystem?

Vor diesem Hintergrund führt die DUH-Studie auch eine Alternative auf, die Gegner des Handypfandes favorisieren: Die Einrichtung eines kundenfreundlichen und einfachen Rücknahmesystems für alle ressourcenintensiven Elektro- und Elektronikkleingeräte. Die Überarbeitung des ElektroG (s. Seite 2) bietet dafür eine Chance. Falls dies nicht die erforderlichen Ergebnisse bringt, sollte die Bundesregierung die Idee mit dem Handypfand aufgreifen und schauen, wie sich die bestehenden Bedenken mit einer intelligenten Ausgestaltung umschiffen lassen.

Johanna Sydow

Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!
Anmeldemöglichkeit und weitere Infos:
www.germanwatch.org/aktiv/mitglied